

# Offene Worte

Online Nr. 31

Zeitung der LINKEN für den Barnim 13. Juni 2020, 30. Jahrg.



## Ein langes Band der Solidarität

Das Bündnis „Unteilbar“ ruft am 14. Juni um 14 Uhr in mehreren deutschen Städten zum Protest auf. Die Demonstrationen richten sich gegen soziale Ungerechtigkeiten und Rassismus. Ein „Band der Solidarität“ soll gebildet werden – mit jeweils 3 Metern Abstand in einer langen Reihe, in Berlin: Unter den Linden – Alexanderstr. – Heinrich-Heine-Str. – Prinzenstr. – Baerwaldstr. – Gneisenaustr. – Hasenheide. Hinter den Initiator\*innen stehen über 130 Organisationen, DIE LINKE Barnim gehört dazu.

## LINKE: OSZ in Bernau muss bleiben

Der Kreistag am 10. Juni entschied über einen Corona-Härtefallfonds, zusätzliche Stellen im Jugend- und Gesundheitsamt und diskutierte über das OSZ in Bernau

Am 10. Juni fand eine reguläre Sitzung des Kreistags statt. Da der letzte Kreistag im März abgebrochen werden musste und wegen der Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie nicht fortgesetzt werden konnte, standen zunächst einige Vorlagen aus der letzten Sitzung zur Abstimmung. Auch dies erforderte soviel Zeit, dass der Kreistag um 22.30 Uhr abgebrochen wurde und am 17. Juni fortgesetzt werden wird.

Behandelt wurde ein Antrag zur Schaffung eines „**Corona-Härtefall-Fonds**“, eingebracht von CDU/SPD/FREIEN WÄHLERN/Bündnis 90/Die Grünen. 500.000 Euro soll der Landkreis Barnim zur Verfügung stellen, um kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern, Kulturschaffenden sowie Vereinen mit wirtschaftlichem Geschäfts-

betrieb in besonderen Härtefällen eine weitgehende finanzielle Hilfe in Form eines Zuschusses zu gewähren, wenn sie durch die Folgen der Corona-Pandemie in existenziell bedrohliche Liquiditätsgespässe geraten sind.

DIE LINKE stimmte diesem Anliegen prinzipiell zu, hat aber mit einem Änderungsantrag vor allem darauf verwiesen, dass bei der Erarbeitung der dafür notwendigen Richtlinie auch die aktuellen, von der Bundesregierung beschlossenen Hilfspakete berücksichtigt werden. Das ist wichtig, weil aus Sicht der LINKEN erst dann genau bewertet werden kann, wo konkret der Landkreis tätig werden muss um mögliche, nicht durch die Konjunkturprogramme abgedeckte Bereiche zu unterstützen.

Die Antragsteller folgten dem

Anliegen der LINKEN und haben dies in ihren Antrag aufgenommen.

Weitere Beschlüsse des Kreistages waren: Die Schaffung zusätzlicher Stellen im **Jugend- und Gesundheitsamt** der Kreisverwaltung, weitere Gelder für den Bau der **Schule am Rollbergeck** in Bernau und der Kauf eines Grundstückes für eine **neue Schule in Eberswalde**.

In der Diskussion ging es um das **Oberstufenzentrum in Bernau** (OSZ 1). Die Aufforderung, Räume an das Barnim-Gymnasium abzugeben, hatte die LINKE alarmiert, dass das OSZ 1 „durch die Hintertür“ aufgelöst werden könnte (siehe OW 3.6.20). DIE LINKE kritisierte deshalb, dass die Arbeit der Verwaltung wenig transparent war, die Einbeziehung von Betroffenen zu spät oder gar nicht erfolgte und

man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, dass versucht wird, vor der Diskussion und einem Beschluss über die Weiterführung der OSZ in Eberswalde und Bernau Tatsachen zu schaffen.

DIE LINKE bleibt dabei: Eine Schließung oder ein schleichender Abbau des OSZ 1 darf nicht stattfinden. Schulstrukturen können nicht einfach an einem bestätigten Schulentwicklungsplan vorbei geändert werden. Im Übrigen war die Gründung des Barnimer Wissenszentrums ein Beschluss des Kreistages, der verschiedenste Bildungseinrichtungen zusammenführen sollte. Dies in Frage zu stellen und berufliche Bildung an einem Standort abzubauen, wird durch DIE LINKE abgelehnt.

**Lutz Kupitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN**

## Strompreise stabil halten

Die Vorhaben des Konjunkturpaketes. Heute: EEG-Umlage.

Mit 11 Milliarden Euro ist die Begrenzung der EEG-Umlage (EEG=Erneuerbare-Energien-Gesetz) im Konjunkturpaket vorgesehen. Denn durch die Corona-Krise haben viele Wirtschaftsunternehmen weniger Strom gekauft. Trotzdem haben die Erzeuger von Solar-, Wind- und anderen alternativen Energien eine Abnahmegarantie und erhalten ihren Strom durch die Umlage von allen Stromverbrauchern bezahlt. Wird jedoch weniger Strom benötigt als produziert und damit bezahlt wird, müsste der Strompreis für alle steigen. Hier greift die Bundesregierung nun ein und übernimmt die Kosten, stabilisiert die EEG-Umlage für 2021 bei 6,5 Cent pro Kilowatt-

stunde und senkt im Jahr 2022 auf 6 Cent. Das entlastet alle privaten Haushalte und die Wirtschaft in großem Umfang. Eine Preissteigerung von bis zu 20 Prozent wäre sonst möglich gewesen.

Die Energiewende beinhaltet Strom- und Wärmeerzeugung und Wandel der Mobilität. Für die Zukunft ist aber eine Neuordnung aller energiewirtschaftlichen Regelungen notwendig. Die Modelle reichen von einer reinen Finanzierung durch Steuergelder wie unter anderem DIE LINKE sie vorschlägt bis zu Mischmodellen aus Verbraucherumlagen und Steuermitteln.

Dazu sind zügige Entscheidungen nötig. So ist eine „Nation-

ale Wasserstoffstrategie“ im Konjunkturpaket angekündigt, die es eigentlich schon seit letztem Jahr geben sollte. Nun wurde sie am 10. Juni durch das Bundeskabinett beschlossen: 9 Milliarden Euro sollen für den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur, für Industrie, Mobilität, Wärmeerzeugung und internationale Kooperation zur Verfügung stehen. Dafür müssen



Foto: pixabay

Bundestag und Bundesrat nun die gesetzlichen Grundlagen schaffen.

Hier könnte eine neue Industrie im Barnim entstehen, da bereits vorhandene Windkraftanlagen zusätzlich auch noch für die Wasserstoffproduktion genutzt werden können (siehe OW 30.5.20).

**Ralf Christoffers, DIE LINKE Kreistagsabgeordneter**

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW  
am 15. Juni